# JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

| Nummer 43 | 11. Juli 1919 | י״ג תמוז תרע״ט | Preis 30 Cts. |
|---|---|---|---|

Abdruck nur gegen Quellenangabe


## Der Minoritätenschutz in Polen.

Unser Pariser Gewährsmann berichtet:

Samstag, den 28. Juni, gleich nach Unterfertigung des Friedensvertrages seitens der Deutschen, unterschrieben die Polen eine Abmachung mit den 5 Hauptmächten: Amerika, Frankreich, Grossbritannien, Italien und Japan. Diese Abmachung, die im ersten Abschnitt vom Schutz der ethnischen Minderheiten handelt, zerfällt in 12 Artikel, die Polen in seine Grundgesetze aufzunehmen sich verpflichtet. Die Sprachen-, Schul- und Sabbathfrage ist gesichert. Für Volksschulen mit eigener Vortragssprache erhalten wir Mittel aus öffentlichen Geldern des Staatsschatzes, resp. der Kommunen. Am Sabbath wird man die Juden zu öffentlichen Arbeiten nicht zwingen können, insofern die Interessen des Militärdienstes der Landesverteidigung oder der Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung dies nicht erfordern. Auch zum Erscheinen vor Gericht können die Juden am Sabbath nicht verhalten werden, ebensowenig zur Vornahme rechtlicher Akte.

In Artikel 10, in welchem von den Schulen der Minderheit gesprochen wird, ist ausdrücklich von jüdischen Gemeinden die Rede, offenbar um einer eventuellen Missdeutung, dass mit „Unterschied der Rasse, Sprache oder Religion" etwa nicht die Juden gemeint sind, vorzubeugen.

Die Liga der Nationen übernimmt insofern den Schutz dieser Abmachungen, als alle in der Abmachung erwähnten Angelegenheiten, als internationalen Charakter habend, bezeichnet werden und dadurch der Liga unterstehen. Gegen die Verletzung einer dieser Vorschriften darf jedes Mitglied der Liga Einspruch erheben. Ein Konflikt zwischen den Mitgliedern der Liga der Nationen und Polen, kommt vor ein von der Liga erst zu schaffendes Gericht zur Entscheidung, die unwiderruflich bindend ist und wobei der Minorität das Recht der Appellation nicht zusteht.

— Der „Temps" v. 2. Juli veröffentlicht den Brief, welchen Clemenceau als Präsident der Friedenskonferenz am 24. Juni 1919 an Paderewski gerichtet hat. Der Brief beginnt mit dem Hinweis, dass Polen gemäss Art. 93 des deutschen Friedensvertrages ein Uebereinkommen zum Schutze der Minoritäten zu unterfertigen hat. Der erste Entwurf dieses Uebereinkommens wurde am 31. Mai der polnischen Delegation in Paris übermittelt, worauf diese mit dem Memorandum vom 16. Juli antwortete. Nunmehr wird mit diesem Schreiben die endgültige Form des Vertrages mitgeteilt, welche von Polen gleichzeitig mit dem deutschen Friedensvertrag unterschrieben werden muss. Clemenceau erwidert auf die Einwendungen des polnischen Memorandums sehr ausführlich in 7 Abschnitten, aus denen der starke Widerstand, der von polnischer Seite gegen die Unterfertigung erhoben worden ist, hervorgeht. Er widerlegt unter Hinweis auf die Verhandlungen des Berliner Kongresses, dass der Vertrag sachlich irgendwelche Neuerungen enthalte, da schon damals die Anerkennung der neuen Staaten von der Durchführung gewisser Grundsätze der Zivilisation abhängig gemacht wurde.

Die assoziierten Staaten halten es für ihre heilige Pflicht, in der dauerhaftesten und feierlichsten Form die wichtigsten Rechte jener nichtpolnischen Einwohner sicherzustellen, die durch die Hilfe der Alliierten der polnischen Souveränität unterstellt werden. Aehnliche Bestimmungen werden sich in den Verträgen mit der Tschecho-Slowakei und den andern Staaten, welche ansehnlichen Länderzuwachs erhalten werden, dann auch in den Friedensverträgen mit Oesterreich, Ungarn und Bulgarien finden. In der Form unterscheidet sich die gegenwärtige Anerkennung wohl von der des alten Regimes, indem ihre Durchführung nicht den Grossmächten, sondern der Liga der Nationen anvertraut ist und ein unparteiischer Gerichtshof über die Konfliktsfälle zu entscheiden haben wird. Da bedauerlicherweise zwischen den Rassen alte Feindschaft besteht, ist es notwendig, die Völker, die in eine neue Situation Polen gegenüber gebracht werden, in einer wirksamen Art gegen Unrecht und Unterdrückung sicherzustellen.

Art. 2 des Vertrages garantiere allen Einwohnern jene Menschenrechte, welche in allen zivilisierten Staaten in Geltung sind. Art. 3 und 6 sichern denen, die ihren wirklichen Wohnsitz in Polen haben und für dieses Land optieren, die Bürgerrechte. Art. 7 und 8 bestimmen, dass bezüglich der Rechte der Bürger des polnischen Staates wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Religion, einer Sprache oder einer Rasse kein Unterschied gemacht werden darf. „Wir glauben zu wissen, dass diese Bestimmungen mit den Intentionen und den Er-

klärungen der polnischen Regierung übereinstimmen", heisst es wörtlich im Briefe Clemenceaus.

Die Artikel 10 und 12 befassen sich speziell mit den jüdischen Bürgern Polens. *Die Auskünfte, welche die hauptsächlichen alliierten und assoziierten Mächte über die Beziehungen zwischen den Juden und den andern Bürgern Polens erhielten, führen zu der Konklusion, dass es am Platze ist, den Juden Polens einen besondern Schutz angedeihen zu lassen.* Diese Bestimmungen sind angesichts der gegenwärtigen Verhältnisse auf ein Minimum reduziert, auf die Aufrechterhaltung der jüdischen Schulen und den Schutz der Juden bezüglich des Sabbaths. Man kann wohl annehmen, dass diese Bestimmungen kein Hindernis für die Einheit Polens bilden werden. Sie schaffen durchaus keine Anerkennung der Juden als eine besondere politische Gemeinschaft im polnischen Staate. Die Bestimmungen bezüglich des Unterrichtes enthalten nichts, was nicht in mordernen, gut organisierten Staaten bereits eingeführt ist.

Es verletzt absolut nicht die Souveränität, Schulen, in denen die Kinder eine religiöse Erziehung erhalten, anzuerkennen und zu subventionieren. Damit ist die Stellung der polnischen Sprache als Staatssprache und die Einführung des obligatorischen polnischen Unterrichts durchaus vereinbar.

Schliesslich beglückwünscht Clemenceau den Ministerpräsidenten zur Wiedererrichtung des unabhängigen Polens.

### Die amerikanische Pogromkommission.

*New-York,* 5. Juli. Präsident Wilson entsendet eine besondere Mission nach Polen, um die Pogrome gegen die Juden zu untersuchen und dem Präsidenten darüber wie auch über die allgemeine Situation der Juden in Polen zu berichten. Die Mission besteht aus *Henry Morgenthau* und den zwei Nichtjuden General *Jadwin,* der die 15. amerikanische Division in Frankreich befehligte und Professor *Johnson* aus Cleveland. (Wir verweisen auf unsere bereits am 27. Juni in No. 41 der „Jüd. Presszentrale" gebrachte Mitteilung, dass *Morgenthau* und nicht Expräsident Taft, wie andere Zeitungen berichtet haben, dieser Untersuchungskommission vorstehen wird.)

### Gibson nach Paris berufen.

Der amerikanische Botschafter in Warschau, Mr. Gibson, wurde nach Paris berufen, um Erklärungen über den von ihm eingeschickten Bericht zu geben (Siehe „J. P. Z." No. 41.)

*Warschau.* Dr. *Bogen,* der Leiter der amerikanisch-jüdischen Lebensmittelmission in Warschau, wurde telegraphisch nach Paris berufen, wohin er noch heute abreist. In jüdisch-politischen Kreisen bringt man diese Berufung mit dem irreführenden Bericht des amerikanischen Gesandten in Warschau, Gibson, an seine Regierung über den Charakter der Judenpogrome in Polen in Zusammenhang, der in weiten jüdischen wie nichtjüdischen Kreisen grosses Aufsehen erregt hat.

— Der Vorsitzende der amerikanisch-jüdischen Delegation in Paris, Louis *Marshall,* wandte sich telegraphisch an alle Zeitungen der Vereinigten Staaten mit einer Erklärung, in welcher er scharf Stellung nimmt gegen Gibson, den amerikanischen Gesandten in Warschau, wegen dessen Bericht, worin dieser bestätigt hat, dass in Polen keine Pogrome stattgefunden hätten.

### Die amerikanischen Mitglieder der interalliierten Kommission in Palästina.

Der palästinensische Mitarbeiter der „Jüd. Presszentrale Zürich" schreibt:

Dienstag, den 10. Juni sind die Mitglieder der amerikanischen Kommission zum Studium der okkupierten türkischen Gebiete in Jaffa eingetroffen. Die Kommission setzt sich aus 4 Mitgliedern zusammen, an deren Spitze die Herren King und Crain stehen. Ausserdem begleiten 5 Sekretäre die Kommission als Fachleute. Bald nach ihrer Ankunft in Jaffa besuchte die Kommission den Council-Rat, wo sie jedoch infolge ihres unerwarteten Besuches niemand antraf. Erst nach einer gewissen Zeit langte aus Jerusalem Dr. Fridenwald ein, der sich mit den Mitgliedern des Councils verständigte, mit der Kommission in Jerusalem in Verbindung zu treten. Am Mittwoch haben die Mitglieder des gerade jetzt in Jaffa versammelten Rates sich der Kommission vorgestellt, bestehend aus David Yellin, Oettinger, Dr. Cohn, Glickin, und Calwarisky, denen die Mitglieder der Kommission zahlreiche Fragen vorlegten über die Forderungen der Juden, wie auch die Beziehungen zwischen den Juden und ihren Nachbarn usw. Nachmittags besuchte der Chacham Baschi von Jaffa die Kommission, wobei hauptsächlich die Forderungen der Zionisten, die Berechtigung dieser Forderungen, die Beziehungen zu den Arabern und die Möglichkeit, die Emigration in Einklang mit den Interessen der Landeseinwohner zu bringen besprochen wurden. Im Laufe des Donnerstags wurden Deputationen vieler angrenzender Gemeinden empfangen. Am Freitag besuchten die Mitglieder der Kommission die landwirtschaftliche Ausstellung in Tel-Awiw, wo sie sich für die ihnen von Agronom Oettinger gegebenen Aufklärungen sehr interessierten. Nachher besuchten sie das jüdische Gymnasium, von wo sie sich nach Mikweh Israel und Rischon Lezion begaben. Von dort reisten sie nach Jerusalem ab, in Begleitung der Mitglieder des Councils. Bei allen diesen Besuchen zeichneten sich die Mitglieder der Kommission durch ihre vollständige Neutralität aus. Sie folgten allen Ausführungen mit regem Interesse ohne eine eigene Meinung zu äussern. Ueber die der Kommission am Montag den 16. Juni durch eine Deputation von 12 Vertretern in Jerusalem vorgelegten Forderungen der Jerusalemer Juden fehlen uns noch nähere Einzelheiten.

— Die Presseabteilung beim Zentralbureau der „Agudas Jisroel", Zürich, teilt uns mit: Die internationale Kommission für die Mandate in der Türkei empfing verschiedene Delegationen aus der Bevölkerung Palästinas. Für die *orthodoxen Juden* von Jerusalem erschienen u. a. Rabbiner Diskin, Rabbiner Chaim Sonnenfeld, Dr. Wallach, J. J. de Haan, Leiser Slutzkin und Rabbiner

Jungreis. Die Delegation interpellierte wegen der Einwanderung in Palästina und verlangte, dass die Friedenskonferenz nicht über Palästina beschliessen solle, ohne die orthodoxe Organisation „Agudas Jisroel" zu hören. (Da eine internationale Kommission in Palästina noch nicht eingetroffen ist, so dürfte sich diese Meldung wohl nur auf die amerikanischen Mitglieder dieser Kommission beziehen. „J.P.Z.")

— Eine N. K. Meldung berichtet aus Jaffa unter dem 9. Juli: Hier traf am 10. Juni eine amerikanische Untersuchungskommission ein, welche die Lage in Palästina zu beurteilen hat. Bis jetzt konnte festgestellt werden, dass Jaffa das Protektorat Englands wünscht, während sich Bethlehem und Jerusalem an Syrien anzuschliessen wünschen. (Wir geben diese Meldung mit Vorbehalt wieder, da uns eine Bestätigung noch nicht vorliegt. „J.P.Z.")

### Französisch-englische Rivalität im Orient.

Bei der Diskussion über die französischen Missionen in Syrien und Palästina weigerte sich Aussenminister Pichon der Deputiertenkammer nähere Einzelheiten über die noch schwebenden Friedensverhandlungen mit der Türkei mitzuteilen. (Siehe No. 41 der „J.P.Z." vom 27. Juni.) Dazu bemerkt der „Manchester Guardian" u. a.: Pichon hat mit unserem Lande eine Differenz hinsichtlich der Nordgrenze von Palästina und mit den Arabern in Bezug auf Damaskus, Aleppo und Alexandrette. Unter Berufung auf das Sykes-Picot-Abkommen von 1916 haben die Franzosen eine Verwaltung in Nordgaliläa eingerichtet und eine derartige Grenze würde Palästina verstümmeln und es der Herrschaft über seine natürlichen und unentbehrlichen Wasserkräfte berauben. Die Franzosen wissen so gut als irgend jemand, dass ein Verlangen dieser Art nicht gerechtfertigt werden kann und wahrscheinlich stellen sie es auch nicht um seiner selbst willen, sondern um auf die englische Regierung in Bezug auf Damaskus, Aleppo und Alexandrette einen Druck auszuüben. *Ein jüdisches Palästina ist an dem Streit zwischen Frankreich und den Arabern nicht beteiligt, warum also soll es darunter leiden?* Es ist ganz gewiss, dass das französische Begehren, Palästina zu verstümmeln, am Ende wird fallen gelassen werden, aber indem die französische Regierung es stellt und darin verharrt, setzt es sich der Gefahr eines Konfliktes mit den teuersten Wünschen des jüdischen Volkes in der ganzen Welt aus. Jedenfalls ist zu hoffen, dass die Alliierten raschestens diesen Streit wie auch den über die ganze Behandlung der türkischen Frage regeln werden, sodass der Osten wisse, was er zu erwarten hat und die befreiten und zu neuem Leben gebrachten Nationen daran gehen können, ihre Heimstätten wieder aufzubauen.

### Araber und Zionisten.

Wie feindlich sich jetzt gewisse Kreise der Araber zu den Zionisten verhalten, zeigt folgende Nachricht:

Der arabische Klub in Jerusalem erhielt folgendes, in allen syrischen Zeitungen veröffentlichte Telegramm: „Wir erhielten Euer Telegramm, das deutlich Eure aufrichtigen Gefühle für Palästina zum Ausdruck bringt. Wir haben es auf unserer Versammlung vorgelesen, wo es einen sehr guten Eindruck machte. Wir publizierten es in allen arabischen wie auch zweisprachigen Zeitungen Amerikas. Wir wandten uns auch schon mehrmals telegraphisch an Euch wegen der Gründung einer nationalen Agrarbank mit dem Zwecke, dem arabischen Bauer Hilfe angedeihen zu lassen, damit er nicht gezwungen wird, seinen Boden den Zionisten zu verkaufen. Wir sind sicher, dass die Gründung einer solchen Bank das einzige Mittel ist, der schrecklichen Gefahr die seitens der zionistischen Kolonisation droht, zu entrinnen. Deshalb haben wir beschlossen, oben erwähnte Bank zu gründen und wir sind sicher, dass Ihr uns behilflich sein werdet, dieses Ziel zu erreichen." Gez.: Der Palästina-Verband zur Bekämpfung des Zionismus in New-York.

Die arabische Zeitung „Muktabat", die in Damaskus erscheint, bemerkt dazu: Wir freuen uns, dass unsere Brüder die palästinensischen Araber, sowohl Muselmanen wie Christen, beschlossen haben, sich gegen die vorauszusehende Gefahr zu wehren, denn nur Eisen schmiedet Eisen. Rollendem Geld kann nur durch Geld entgegengewirkt werden. Dies ist das einzige Mittel zur Bewahrung unseres Bodens und seiner Kulturen. Wir hoffen, dass dieser Vorschlag raschestens durchgeführt und der Allmächtige alle Beschützer des Vaterlandes schirmen wird.

### Pogrom in Mir.

Ein eben aus Russland angekommener Reisender berichtet im „Lodzer Volksblatt": Als die rote Garnison von Mir (Gouv. Minsk) nach der Front abgehen sollte, verweigerte sie den Gehorsam. Das von Minsk herbeigerufene Militär zwang die roten Truppen von Mir sich zu ergeben, wobei das Militär einen Pogrom veranstaltet hat. Das ganze Städtchen wurde ausgeplündert. Die jüdische Intelligenz beklagt 6 Todesopfer.

(„Der Tog", Wilna).

### Metzeleien bei Kolomea.

Erst jetzt gelangen weitere Einzelheiten über die Judenexzesse, die in Kolemea und Umgebung stattgefunden haben, an die Oeffentlichkeit. So bringt die Wiener Morgenzeitung einen Bericht eines soeben aus Kolomea eingetroffenen Augenzeugen, worin die Schandtaten der Polen ausführlich beschrieben werden. U. a. wurde Slobodka Lesna, das bekanntlich Eigentum der „Ika" ist, und wo in einer Ackerbauschule eine Anzahl jüdischer junger Leute beiderlei Geschlechtes sich für ihren zukünftigen Beruf als Landarbeiter in Palästina praktisch vorbereitet, von den Polen überfallen. Das Militär erkundigte sich bei den Bauern, wo sich die „Zionisten" aufhielten, schied die Mädchen aus und gab auf die versammelten jungen Leute eine Salve ab, die drei Todesopfer zur Folge hatte. Die Leichen wurden nach Kolomea gebracht, wo mann am selben Tage auch einen durch das polnische Militär erschlagenen Juden aus Turka bestattete. Tags darauf

wurden weitere 6 Tote aus dem Dorfe Rakowice nach Kolomea gebracht, vier Söhne und eine Tochter des Meier Bartfeld, sowie deren Bräutigam. Dagegen muss betont werden, dass das Verhalten der rumänischen Besatzungstruppen der *gesamten* Bevölkerung gegenüber ein korrektes ist. So wurde durch die rumänische Okkupationsbehörde der Jüdische Nationalrat wieder eingesetzt und die durch die Polen entlassenen jüdischen Staatsbeamten wieder aufgenommen.

### Juden-Exzesse in Lodz.

„Hajnt" vom 2. Juli berichtet, dass soeben aus Lodz ein telephonischer Bericht eingelangt sei, wonach dort Juden-Exzesse in allen Stadtteilen und hauptsächlich beim Kalischer Bahnhof stattgefunden hätten.

### Ueberfälle auf Juden in Warschau.

Donnerstag, den 26. Juni, fanden am Soliec in Warschau, unweit vom Landtagsgebäude, Ausschreitungen gegen Juden statt, denen auch ein Menschenleben zum Opfer fiel. Eine Gruppe Hallerscher Soldaten unter Führung von Offizieren überfiel zunächst die Tramways, zog die jüdischen Reisenden auf die Strasse und riss ihnen die Bärte aus. Alsdann begaben sich die Exzedenten in das in der Nähe befindliche Schlachthaus, wo sie gegen die dort beschäftigten Juden, hauptsächlich Schochtim, loszogen. Allen Juden wurden die Bärte abgeschnitten, worauf sie noch mit Schlägen bedacht wurden. Der 78jährige Berl *Grünblatt* wurde, nachdem man ihm den Bart abgeschnitten hatte, mit einem Stock derart bearbeitet, dass er bald leblos zusammenbrach. Mehrere Juden, gegen die mit Bajonetten und Messern vorgegangen wurde, erhielten mehr oder minder ernste Verletzungen. Nach zweistündigem Wüten der „Hallerczyki" wurde der Jüdische Nationalrat von den Vorfällen in Kenntnis gesetzt, worauf er beim Stadtkommandanten intervenierte. Bald sind am Tatorte auch der Abgeordnete Farbstein und Ratsmann Ingenieur Körner erschienen, die die Ueberführung der Verwundeten ins Kommissariat und die protokollarische Feststellung der Einzelheiten veranlassten.

### Beteiligung französischer Soldaten der Armee Haller an Judenexzessen.

Abg. Rabbiner *Halpern* brachte im polnischen Landtage einen Dringlichkeitsantrag ein, wegen der Judenexzesse im Solecer Schlachthause, aus dem klar hervorgeht, dass auch französische Soldaten an diesen Exzessen teilgenommen haben. Der Antrag Rabbiner Halperns, die Regierung aufzufordern den Drangsalierungen der ruhigen jüdischen Bevölkerung endlich ein Ende zu bereiten, als auch eine Kommission von 5 Abgeordneten unter Teilnahme eines Mitgliedes der freien Vereinigung der jüdischen Abgeordneten zur Ausforschung erwähnten Vorfalles zu entsenden, mit dem Auftrage binnen 7 Tagen dem Landtage Bericht zu erstatten, wurde mit geringer Majorität angenommen, da auch ein Teil der Rechten dafür gestimmt hat.

— „Journal du peuple" vom 15. Juni veröffentlicht einen Brief eines in Polen kämpfenden französischen Soldaten, aus dem hervorgeht, dass auch französische Soldaten in Polen mit Jagdmachen auf Juden und Bärteabschneiden ihre freie Zeit vertreiben.

Sogar die antisemitische „Dwa Grosze" findet es endlich für angebracht, sich in einem Aufruf an die Haller'schen Truppen zu wenden, dass sie endlich die Juden und ihre Bärte in Ruhe lassen möchten. Charakteristisch ist, dass sie diesen Aufruf ausser in polnischer auch in französischer und englischer Sprache abdruckt.

Die „Gazeta Warszawska" bringt eine Erklärung Haller'scher Soldaten, worin diese behaupten, dass die aus Polen stammenden Soldaten sich der jüdischen Bevölkerung gegenüber nicht feindlich verhalten. Nur ihre aus Amerika, England und Frankreich zurückkehrenden Kameraden, die die polnischen Verhältnisse nicht kennen und vom Schmutz, der bei den dortigen Juden herrscht, angewidert sind, verhalten sich den Juden gegenüber wenig tolerant. Auch ihre Kameraden anderer Nationalität, wie italienische, amerikanische, englische und französische Soldaten, teilen diese Gefühle. Bei den Exzessen, die in den Zeitungen erwähnt werden, beteiligten sich nur wenige polnische Soldaten und auch diese waren Emigranten. Dagegen nahmen an diesen Exzessen Soldaten der Alliierten teil, die mit ihren Missionen, die die Ursachen der Pogrome zu untersuchen haben, nach Polen gekommen sind.

### Verhaftung jüdischer Führer durch die Rumänen.

Die Wiener „Arbeiter Zeitung" meldet: Der Vizepräsident des Jüdischen Nationalrates in der Bukowina Dr. *Jakob Pistiner* und das Mitglied der Exekutive *H. Kaswin* wurden von der rumänischen Okkupationsbehörde wegen angeblicher regierungsfeindlicher Agitation verhaftet und von Czernowitz verschleppt.

Ueber die Ursache dieser Verhaftung gibt der Bukowinaer Gewährsmann der „Jüdischen Presszentrale Zürich" folgende Information: Dr. Pistiner ist der Obmann der jüdischen sozialdemokratischen Partei in der Bukowina und führt in verschiedenen Richtungen einen erbitterten Kampf gegen die rumänische Okkupationsverwaltung. Dieselbe hat die Ausweisung aller Personen verfügt, die in der Bukowina nicht heimatberechtigt sind. Nun wohnen seit jeher in der Bukowina zirka 30,000 Juden, die dort das Heimatsrecht nicht erworben hatten, weil das nach österreichischem Recht nicht erforderlich war. Diese werden jetzt sukzessive ausgewiesen. Das Böswillige dieser behördlichen Judenverfolgung tritt umso deutlicher hervor, als die Bukowina nördlich des Sereth, wo die meisten Juden wohnen, nicht rumänisch sondern ukrainisch ist nach dem Geheimvertrag von 1916 an Russland zu fallen hatte und die Pariser Friedenskonferenz vorige Woche die Entscheidung über Bessarabien, das ethnisch mehr rumänisch ist, aufgeschoben hat. Die fortgesetzte Durchführung der Ausweisung schafft eine neue Komplikation der rumänischen Judenfrage. Dazu kommt, dass selbst die rumänischen Bauern, für den Fall der Einverleibung der Bukowina, die Provinzial Autonomie fordern und eine administrative Vereinigung aus Misstrauen gegen die rumänische Verwaltung ablehnen. Da jedoch die Interessen der alt-rumänischen Kliquen dagegen sind, so wird das Land hermetisch abgeschlossen, die Presse geknebelt und die politischen Führer nach russischer Art behandelt. — Dr. Pistiner wurde über

Intervention der rumänischen Sozialistenführer Cretescu und Sion beim Minister des Innern, Marcescu, in Bucarest enthaftet.

Weltkonferenz der Poale Zion.

Die provisorische Weltkonferenz der poale-zionistischen Partei findet in Stockholm am 10. Juli statt.

Max Nordau's 70jähriger Geburtstag.

Die zionistische Föderation Englands hat alle zionistischen Vereinigungen des Königreiches aufgefordert, am 29. Juli allgemein Dr. Nordau's Geburtstag in gebührender Weise zu feiern und zu diesem Zwecke spezielle Versammlungen einzuberufen, wobei Reden über die grossen Leistungen Nordau's für den Zionismus gehalten werden sollen. (Max Nordau befindet sich bekanntlich derzeit in Madrid. J. P. Z.)

# Chronik.

## Polen.

Erklärung Paderewskis.

Paderewski gab Hermann Bernstein, dem Spezialkorrespondenten des „New-York Herald“ und der „The Day and the Warheit“ in einer offiziellen Erklärung die feierlichste Versicherung, dass die polnische Regierung ihr Möglichstes tun werde, um alle antijüdischen Exzesse in Polen zu verhindern. Die Regierung Polens mache keinen Unterschied in der Behandlung polnischer Bürger, welcher Rasse, Religion und politischen Gesinnung sie auch angehören mögen. Alle, sowohl Katholiken oder Protestanten wie auch Juden oder Griechisch-Orthodoxe geniessen die gleichen Rechte, die gleichen Privilegien und den gleichen Schutz.

Die Judenfrage in der polnischen Konstitutionskommission.

Auf der Tagesordnung der letzten Sitzung der Konstitutionskommission des polnischen Landtages stand unter anderem auch die Frage der religiösen Freiheit und des Verhältnisses des Staates zu den verschiedenen Konfessionen. Abgeordneter Grünbaum als das einzige jüdische Mitglied dieser Kommission brachte nach vorherigem Einvernehmen mit den übrigen jüdischen Abgeordneten, verschiedene Abänderungs-, beziehungsweise Ergänzungsvorschläge ein, die die gesetzliche Gewährleistung der vollständigen Gleichberechtigung und Achtung der Religion und Ueberzeugung der Juden bezweckten. Trotz der genügenden Motivierung wurden jedoch sämtliche jüdische Anträge abgelehnt. Charakteristisch ist, dass für manchen dieser Anträge der konservative Abgeordnete Halban gestimmt hat, während der Vertreter der polnischen Sozialisten dagegen stimmte.

Boykott gegen jüdische Kaufleute.

Dem Kaufmännischen Verein in Warschau wird gemeldet, dass den jüdischen Kaufleuten in der Provinz Beschränkungen inbezug auf den Handel auferlegt werden. So wird z. B. der Handel mit Monopolwaren wie Petroleum, Zucker, Salz etc. den Juden abgenommen und blos Christen übergeben, die die Waren den jüdischen Kaufleuten nicht verkaufen wollen. Naturgemäss leidet darunter der ganze jüdische Handel ausserordentlich.

Unzufriedenheit polnischer Assimilanten über das Resultat ihrer Pariser-Reise.

Stanislaw Nathanson kehrte aus Paris nach Warschau zurück und drückte seine Unzufriedenheit über den „Erfolg“ seiner Reise aus. Seinen Auftraggebern berichtete er schweren Herzens, dass in Paris die jüdischen Nationalisten und Zionisten den ganzen Einluss auf die massgebenden Kreise errungen haben, sodass die Delegation der Assimilanten nicht mehr viel tun konnte. Man betrachtet eben die Nationalisten als die Vertreter des Weltjudentums. Noch schmerzlicher war es, dass er sogar bei den Pariser Assimilanten einen sehr kühlen Empfang hatte, da auch dort nationalistisch-chauvinistische Strömungen eingedrungen sind und man über das Schicksal der jüdischen Bevölkernng Polens sehr besorgt ist. Die polnischen Assimilanten sollen nach der in Paris herrschenden Ansicht keinen Kontakt mit den jüdischen Massen haben. Nur dank der Protektion von Paderewski und des polnischen National- Komitees ist es ihm gelungen, von verschiedenen hochstehenden Persönlichkeiten der alliierten Regierungen empfangen zu werden, ohne dass dies auf den Lauf der Dinge noch irgendwelchen Einfluss hätte nehmen können. Er zweifelt deshalb, ob das bewusste Memorandum gegen die nationalen Rechte der Minderheiten in Polen irgendwelchen Erfolg haben wird.

Beratung kolonisatorischer und industrieller Vereinigungen über Palästinaarbeit.

Am 23. und 24. Juni fand in Warschau eine Beratung der Vertreter verschiedener kolonisatorischer und industrieller Gesellschaften Polens über die zukünftige Palästinaarbeit statt. Es handelt sich um die Organisierung der Arbeit erwähnter Gesellschaften und um Wahl einer Delegation, bestehend aus Bevollmächtigten dieser Gesellschaften, wie auch aus Fachmännern und Repräsentanten verschiedener Branchen und Industrien, die sich nach Palästina begeben soll, um dort die lokalen Verhältnisse über Bodenankauf, Gründung von Gartenstädten, Bau von Fabriken, ferner die Aussichten für Handwerk und verschiedene Industrien zu studieren. An der Beratung beteiligten sich gegen 70 Delegierte die 38 Gesellschaften Polens vertraten, wie auch Vertreter der Palästina-Aemter in Krakau und Lemberg und des Z. K. der zionistischen Organisation und misrachistischen Föderation in Polen.

## Rumänien.

Kronrat in Bukarest.

Das Amtsblatt „Indépendance Roumaine“ meldet: Der am 26. Juni abgehaltene Kronrat kam zu dem Entschluss, dass es für Rumänien angesichts der ungünstigen Lage an den Grenzen ein äusserst gewagtes Spiel wäre, den Friedensvertrag nicht zu unterzeichnen. Rumänien wird daher den Frieden *mit allen seinen Klauseln* unterschreiben. Da Bratianu es ablehnt den Frieden zu unterfertigen, wird eine neue Friedensdelegation ernannt werden und nach Paris abreisen.

Keine Anleihe für Rumänien.

Seit mehreren Monaten werden zwischen Rumänien und der Entente Verhandlungen bezüglich einer Anleihe

geführt, jedoch ohne Erfolg. Die Ursache dieses Misserfolges ist in dem rechtlosen Zustand der Juden Rumäniens zu erblicken. Ein bedeutendes französisch-amerikanisches Finanz-Syndikat machte Andeutungen, dass insolange die Lage der Juden in Rumänien nicht radikal geändert wird, Rumänien keine Aussicht habe, eine Anleihe zu erhalten.

— Präsident Wilson hat auch den amerikanischen Vertreter in Rumänien beauftragt, Nachforschungen anzustellen, ob die Berichte, wonach auch in Rumänien Ausschreitungen gegen die Juden vorgekommen sind, wahr seien.

## Ungarn.

Das Flüchtlingselend in Budapest.

Der 18. Juni war auch für die noch in Budapest sich befindlichen jüdischen Flüchtlinge ein Trauertag. Um 3 Uhr morgens wurden plötzlich 300 Galizianer aus den Betten herausgeholt und ohne Unterschied des Alters ins Schubhaus abgeführt. Unter den Verhafteten befand sich auch der Neu-Sandecer Wunder-Rabbi *Rubin* mit Familie. Die Intervention der orthodoxen Landeskanzlei wie auch der Neologen-Gemeinde hatte wenig Erfolg. Die Behandlung im Schubhaus war eine aussergewöhnlich schlechte. Die meisten wurden gezwungen, so wie sie standen und gingen, die Stadt zu verlassen und durften nicht einmal Essen mitnehmen. Unter den Abgeschobenen gab es auch viele organisierte Arbeiter, deren Kinder sogar in der roten Armee dienen. Man wies auch Leute aus, die in Budapest geboren und erzogen waren, wenn sie nur nach Galizien zuständig waren. — Die Schuld für diese Verfolgungen fällt auf den Volkskommissar *Agoston,* einen bekannten Antisemiten, dem es gelungen ist, diese Juden-Vertreibung im geheimen zu arrangieren. Mitschuldig ist auch der polnische Konsul, der damit einverstanden war und die ungarischen Behörden sogar aufgehetzt hat. Mit schwerer Mühe gelang es, wenigstens einen Teil der Gefangenen, darunter auch den Sandecer Rabbi zu befreien. Jedenfalls hat man Allen den Rest ihres Bargeldes abgenommen und ihnen dafür weisse Noten eingehändigt, die in Galizien vollkommen wertlos sind. Man konnte es auch nicht durchsetzen, dass man die Flüchtlinge nicht ausgerechnet am Samstag abschieben soll.

— Wie man uns telegraphiert, fand zugleich mit dem Begräbnis der anderen gegenrevolutionären Opfer auch die Bestattung der bei diesem Putsche gefallenen zwei Juden Bela Levy und Moritz Gross statt. Die Opfer wurden nach alt-jüdischem Ritus begraben und erhielten einen Ehrenplatz auf dem jüdischen Friedhofe.

## Deutsch-Oesterreich.

*Wien.* Eine Poale-Zionistische Deputation intervenierte bei der Reichskonferenz der Arbeiterräte wegen Abschaffung des Ausnahmsgesetzes betreffs des Staatsbürgerrechtes der galizischen Juden. Die Delegation brachte folgende Resolution ein: Die zweite Reichskonferenz der deutsch-österreichischen Arbeiterräte protestiert gegen die Bestimmungen des Gesetzes über die Erwerbung des Staatsbürgerrechtes, welches eine grosse Zahl von Juden unter Ausnahmsrecht stellt, indem es ihnen die Möglichkeit raubt, Staatsbürger zu werden und sie der Polizeiherrschaft ausliefert. Die zweite Reichskonferenz verlangt deshalb, dass alle Proletarier ohne Unterschied ihrer Nationalität und Landeszugehörigkeit die Möglichkeit haben sollen nach ihrem freien Willen an ihren Arbeitsorten zu verbleiben und die deutsch-österreichische Staatsbürgerschaft zu erwerben.

## Deutschland.

Antisemitische Strömungen.

Auch in Deutschland lässt sich in letzter Zeit eine Zunahme antisemitischer Tendenzen feststellen. Aufreizende Aufrufe und Schmähplakate gegen die Juden werden unter die Massen geworfen. Von zuständiger Seite wurde mitgeteilt, dass die Polizeibehörde ihr Möglichstes tue, um diesem Unfug zu steuern. („J. P. Z. No. 37 vom 3. Juni.) Während diese Hetze bisher sich stets auf die nationalistisch-junkerlichen Kreise zurückführen liess, befremdet es, dass jetzt die „Germania", das Organ des Zentrums, also einer der Majoritätsparteien, in einem ausführlichen Artikel zu diesen Strömungen Stellung nimmt, worin sie zwar erklärt, dem Antisemitismus nicht Vorspanndienste leisten zu wollen, aber dennoch das Judentum allen Ernstes zu erinnern für notwendig erachtet, dass Druck Gegendruck erzeuge. Der Antisemitismus müsse sich bei dieser Gegenwirkung naturnotwendig einstellen, weil beim Spartakismus zu viel Semitisches ist. Die „Germania" will ihre Aeusserungen nicht als Drohung, sondern als Warnung aufgefasst wissen. In leidenschaftlicher Erregung widerlegt die „Freiheit", das Organ der Unabhängigen, die Aeusserungen der „Germania" und erörtert die Quellen, aus denen die „Germania" ihre Argumente und Streitkräfte gegen die revolutionäre Judengefahr hole. Sie zählt unter genauer Adressenangabe verschiedene antisemitische Vereinigungen und Propagandastätten auf, von denen aus über Deutschland die Agitation betrieben wird. „Den Juden schlägt man, die Revolution meint man". Auf die Anzapfung der „Freiheit", dass weder „Vorwärts" noch „Berliner Tageblatt" bisher ein Wort der Abwehr gegen die „Germania" gefunden hätten, ist endlich auch das „Berliner Tageblatt gegen die „Germania" aufgetreten, worin jedoch auch dieses den jüdischen Führern der Unabhängigen rät, sich etwas weniger bemerkbar zu machen.

Wenn auch diesem ganzen Treiben mehr parteipolitische, als allgemein judenfeindliche Tendenzen zugrunde liegen, so lässt sich jedoch auch hier, wie übrigens in allen Ländern, feststellen, dass man für das taktlose Handeln Einzelner immer wieder das Gesamt-Judentum verantwortlich macht. Man vergisst augenscheinlich, dass diese „Juden" gar kein Mandat haben, das Judentum zu repräsentieren und auch keineswegs behaupten *als Juden* zu handeln. Sie treten lediglich als Einzelpersonen auf, denen natürlich jede politische Betätigung gestattet sein muss, und es ist überflüssig zu betonen, dass das Judentum keine Verantwortung für das Handeln der von ihm nicht Beauftragten treffen kann. Abgesehen von den sich so bemerkbar machenden jüdischen Führern der extremen

Parteien, dürfte bei dem Grossteil der Juden, schon ökonomischer Gründe halber, nur eine geringe Vorliebe für extrem-sozialistische Experimente vorliegen. Wohl sind viele Bolschewisten Juden, aber nur wenig Juden Bolschewisten!

### Die Poale-Zion auf dem deutschen Sozialistentag.

Auf dem deutschen Sozialistentag am 22. und 23. Juni war auch die jüdische sozialdemokratische Arbeiterpartei Poale-Zion in Deutschland durch drei Delegierte vertreten. Die Delegation schloss sich keiner der beiden Fraktionen des Sozialistentages an und war als selbständige jüdische Partei anerkannt. In der Geschichte der Sozialdemokratie Deutschlands trat der jüdische Sozialismus hier zum ersten Male als eine selbständige jüdische Partei auf.

### Hapoel Hazair und Zeire Zion.

Anlässlich der Vorkonferenz des deutschen Landesverbandes, die vom 23.—26. Mai in Berlin tagte, war eine Anzahl von Zeire Zionistischen Delegationen anwesend. Es waren Vertreter der litauischen, polnischen, kurländischen und grossrussischen Zeire Zionistischen Organisationen.

Die wiederholten Beratungen hatten vor allem programmatische Fragen und die Schaffung einer Weltorganisation zum Thema. Es wurde beschlossen, zwei gemeinsame Kommissionen zu bilden. Ein „Vereinigter Ausschuss Hapoel Hazair-Zeire Zion für die Palästinaarbeit" soll sofort alle gemeinsamen Palästinaaktionen einheitlich zusammenfassen. Es handelt sich vor allem um eine einheitliche Organisierung der Hechaluzbewegung und Stellungnahme zu den Kolonisationsproblemen. Eine weitere Aufgabe dürfte darin bestehen, die Kräfte einzusetzen, um den Hapoel Hazair und den Zeire Zion in den zionistischen und palästinensischen Exekutivorganen den gebührenden Einfluss zu sichern.

— Vom Zentralkomitee des deutschen Hapoel Hazair und der litauischen Zeire Zion ist ein Ausschuss geschaffen worden, der die gemeinsame Weltkonferenz vorbereiten soll. Zu diesem Ausschuss sollen sobald als möglich Delegierte des palästinensischen und österreichischen Hapoel Hazair sowie der Landmanschaften der Zeire Zion treten, mit denen jetzt eine Verbindung technisch unmöglich ist.

## Frankreich.

### Brandeis auf dem Wege nach Palästina.

Der Pariser Gewährsmann der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet: *Louis Brandeis* verweilte am 24. Juni einen Tag lang in Paris. Den Nachmittag verbrachte er im zionistischen Bureau in der Rue Edouard VII in Gesellschaft der Mitglieder des A. C. wie auch anderer Zionisten und Delegierten vom Bureau der Jüdischen Delegationen. Begrüssungsreden hielten *Sokolow* und *Ussischkin*. In seiner Antwort betonte *Brandeis*, dass Palästina uns ein jüdisches Vaterland sein wird, wenn wir nach dieser Richtung hin all unsere Kräfte anstrengen werden. Brandeis begab sich in Begleitung von *de Haas* und Prof. *Zimmern* für 5—6 Wochen nach Palästina. Nach seiner Rückkehr soll eine Sitzung des A. C. stattfinden, an der sich Brandeis beteiligen wird. Dr. *Weizmann* hat Brandeis nach Palästina nicht begleitet, da seine Anwesenheit in Paris noch dringend notwendig ist.

Dieser Tage ist Dr. Pasmanik, als letzter russischer Delegierter in Paris eingetroffen und nimmt Anteil an den Arbeiten des Komitees der Delegationen. *Die Entscheidung über die Palästinafrage dürfte erst in einigen Wochen fallen.*

### Der neue Grand-Rabbin von Frankreich.

Infolge andauernder Krankheit sieht sich der Grand-Rabbin von Frankreich, *Alfred Lévy,* veranlasst, von seinem Amt zurückzutreten. Das Consistoire Central hat zwecks Wahl eines Nachfolgers eine Plenarsitzung auf den 30. Juni einberufen.

Wie wir soeben erfahren, wurde Rabbiner *Israel Lévi* auf der Plenarsitzung des Consistoire Central als zukünftiger Grand-Rabbin von Frankreich gewählt.

— *Israel Lévi* ist am 7. Juli 1856 in Paris geboren. 1879 erhielt er den Rabbinergrad auf dem Pariser Seminar und wurde 1882 zum Rabbinatsassessor vom Grossrabbi in Paris ernannt. 10 Jahre später wurde er zum Professor für jüd. Geschichte ans Rabbinerseminar berufen und 1896 erhielt er eine Ernennung an die „Ecole Pratique des Hautes Etudes" in Paris für talmudische und rabbinische Literatur. Rabb. Lévi ist der Schwiegersohn des verstorbenen Grossrabbiners von Frankreich, Zadoc Kahn.

## England.

### Englands Eintreten für das jüdische Volk.

Das Bureau der „Zionistischen Organisation" in London veröffentlicht eine Broschüre „Erklärungen der Sympathie mit den zionistischen Bestrebungen". Dieselbe enthält die Namen aller Mitglieder des Ministeriums, des Parlaments und anderer hervorragender Persönlichkeiten, die sich durch Unterzeichnung der nachstehenden Erklärung für den Zionismus ausgesprochen haben.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut: „Unter allen nationalen Forderungen, die befriedigt werden müssen, wenn die Welt einen dauernden Frieden haben soll, verdient keine mehr Sympathie und Unterstützung aller rechtlich denkenden Menschen als die Forderung des jüdischen Volkes, sein nationales Leben in Palästina wieder aufzubauen. Während 20 Jahrhunderten des Exils haben die Juden niemals die Hoffnung auf die Rückkehr in ihr historisches Heimatland verloren, mit welchem der beste Teil ihrer besonderen Kultur und ihrer Hoffnungen verknüpft ist. Das ihnen zugefügte nationale Unrecht ist sicherlich das älteste, und bei dessen Berichtigung wird die Menschheit gleichzeitig mit einer Tat der einfachen Gerechtigkeit eine Saat von unberechenbarer Verheissung für die Zukunft säen. Politisch wird die Wiederbesiedlung Palästinas durch die Juden und seine Entwicklung zu einem jüdischen Gemeinwesen einen notwendigen Faktor von Stabilität und geordnetem Fortschritt in das Leben des nahen Ostens bringen. Nicht weniger wichtig für die höchsten Interessen der Menschheit ist unserer Ansicht nach der Gewinn, den das menschliche Bewusstsein und die sozialen Ideale von der freien Entfaltung des jüdischen Genius in seiner nationalen Stätte zu ziehen hoffen dürfen. Die Grossmächte, die sich in den Krieg für

Gerechtigkeit und Freiheit vereinigt haben, haben versprochen, die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina zu erleichtern. Wir sind überzeugt, dass dieses Versprechen voll und unzweideutig verwirklicht werden muss, wenn die Ordnung der Welt den Idealen der Alliierten und der Vereinigten Staaten entsprechen soll."

Das Los der polnischen Flüchtlinge in England.

Eine Delegation englischer Juden, darunter *Stuart Samuel* und *Lord Rothschild,* intervenierte wegen der Lage der polnischen Juden in England bei dem die Aufsicht über die Fremden führenden Komitee. Samuel erklärte, dass laut eingelangten Informationen die polnischen Juden in Bälde durch das Polnische Komitee in Paris Anerkennung als polnische Bürger finden werden und es möge ihre Internierung aufgehoben werden. Der Leiter des erwähnten Komitees erklärte, er hoffe, dass die Frage der polnischen Juden bald günstig erledigt werden wird.

— Die „Times" betonen in einem redaktionellen Leitartikel den tiefen Eindruck den der von den Juden Amerikas veranstaltete Trauertag auf die öffentliche Meinung ausgeübt hat. Der Brief Lord Robert Cecil's an das die Protestmeetings in England veranstaltende Komitee beweise, dass die englische Regierung bereit ist, ihre Pflicht gegenüber der Menschheit und der Freiheit vollkommen zu erfüllen. Die „Times" raten den Polen und den Juden endlich Frieden zu schliessen, und sich in gemeinsamer Tätigkeit für das Wohl des Landes zu vereinigen.

## Amerika.

Geldsammlungen in Amerika.

Die Konferenz der Rabbiner Amerikas und Kanadas hat einstimmig beschlossen, das Programm des Misrachi anzunehmen und verpflichtete alle Mitglieder des Rabbiner-Verbandes, ihren ganzen Einfluss für die Unterstützung der vom Misrachi jetzt eingeleiteten Sammlung eines Fonds von einer halben Million Dollar, einzusetzen. Die Poale-Zion setzen ihre Aktion zur Sammlung eines Fonds von einer viertel Million Dollar für die Arbeiter-Kolonisation in Palästina mit grossem Erfolg fort. Aus allen Städten laufen Berichte ein über grössere Geldsummen, die für diesen Freiheitsfonds eingehen.

Sabbathruhe im Staate New-York.

In der ersten gesetzgeberischen Körperschaft des Staates New-York wurde ein Gesetzprojekt betreffend das Recht der Juden Samstag geschlossen zu halten und dafür Sonntag zu arbeiten, fast einstimmig angenommen. Es ist Hoffnung vorhanden, dass während der nächsten Session dieses Projekt auch durch den Senat des Staates New-York angenommen werden wird. So wird endlich das Recht der zwei Millionen Juden anerkannt werden, die Sabbathruhe einzuhalten. Dieses Gesetz wird auch die anderen Staaten, in denen sich eine zahlreiche jüdische Bevölkerung befindet, beeinflussen, sodass man sicher annehmen kann, dass falls dieses Projekt in New-York Gesetz wird, auch die anderen Staaten nachfolgen werden.

## Palästina.

Landwirtschaftliche Ausstellung in Jaffa.

Anfangs Juni wurde in Jaffa unter Leitung des Agronomen Oettinger eine landwirtschaftliche Ausstellung eröffnet. Die Ausstellung ist sowohl was äussere Anordnung wie auch inneren Zusammenhang anbelangt, trefflich gelungen. Sie verteilt sich auf 6 Zimmer, wobei in den ersten vier Hauptzimmern folgende in die Landwirtschaft einschlägige Objekte gezeigt werden. Im ersten ist eine geologische und meteorologische Abteilung untergebracht, im zweiten die die Landwirtschaft schädigenden Gewächse und Insekten, darunter besonders verschiedene Arten von Heuschrecken, die speziell in Palästina den Kulturen schon seit biblischer Zeit so grossen Schaden zufügen. Das dritte Zimmer enthält die Forstabteilung, während im vierten Zimmer Boden-Produkte wie Getreide, Gemüse usw. ausgestellt sind.

Vereinigung jüdischer Künstler.

Eine Anzahl Absolventen des Bezalel hielt in Jerusalem eine Beratung über Standes- und Kunstfragen ab, wobei die Gründung einer Vereinigung jüdischer Künstler zur Schaffung und Entwicklung jüdischer Kunst beschlossen wurde. Zum Leiter dieser Vereinigung wurde der Lehrer des Bazelel *Gur-Arjeh* gewählt.

— Rabbi *Jacob Meir,* Chiefrabbi von Saloniki ist mit Rücksicht auf sein hohes Alter von seinem Posten zurückgetreten und wird den Rest seines Lebens in seiner Geburtsstadt, Jerusalem verbringen.

## Presse.

— „Westminster Gazette" publiziert eine ausführliche Besprechung über Chasanowitsch's „Pogrombuch". Die Zeitung bezeichnet Chasanowitsch's Buch als ein sehr unwillkommenes Buch, da es Zeugnis für die Herrschaft der Barbarei in einem der neuen Staaten ablegt, welche die Alliierten zur Gesundung Europas geschaffen haben. Nach einer sorgfältigen Uebersicht über die antijüdischen Ausschreitungen und die unbegründeten polnischen Anklagen gegen die Juden meint „Westminster Gazette", dass die inzwischen vorgefallenen Ausschreitungen hinreichenden Stoff für einen zweiten Band bieten würden. Die Zeitung fragt, ob die Massakers wirklich das hervorragende Charakteristikum im neuen Polen bilden sollen, ob die Freiheit, die die Alliierten für Polen errungen haben, mit Undank belohnt werden darf durch die Verfolgung der eigenen Mitbürger. Die Zeitung wendet sich an die Friedenskonferenz und schlägt wirksamen Schutz der nationalen Minoritäten vor. Sie schliesst ihren Artikel mit der Ermahnung an die polnischen Staatsmänner, dass sie sich nicht an dem zerstückelten russischen oder türkischen Reiche, die unter der Herrschaft von Ungerechtigkeit und Tyrannei zusammengebrochen seien, ein Beispiel nehmen sollen, sondern an den Demokratien des Westens, denen sie ihre Unabhängigkeit verdanken. (K. Z. B.)

— Die zionistische Organisation in Polen hat soeben das erste Heft einer neuen hebräischen Monatsschrift „Erez Israel" herausgegeben. Die Zeitschrift ist ausschliesslich den Kolonisationsfragen in Palästina gewidmet.

— Im amerikanischen Verlag Stiebel erscheint demnächst eine hebräische Monatsschrift unter dem Titel „Miklot".

— Die vor etwa 15 Jahren eine Zeitlang unter dem Namen *„Schlemiel"* herausgegebenen Jüdischen Blätter für Humor und Kunst, erscheinen wieder seit dem 1. Juli unter Leitung des vorzüglichen „Schlemielim Rats" Jungmann, Gronemann u. Birnbaum.

## Verlags-Notizen.

— Das „Comité des Délégations Juives auprès de la Conférence de la Paix" gibt demnächst unter der Redaktion von Dr. *Reich,* Lemberg, eine Sammel-Broschüre, betitelt: „Les juifs et le droit des minorités nationales" heraus, die Abhandlungen der aus den einzelnen Ländern stammenden Mitglieder des Komitees, wie auch anderer Sachverständiger über diese Frage enthält.

Die „J.P.Z." ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich